

Niederschrift

über die Verhandlungen in der 11. Sitzung des Kreistags am 19.03.2001 im Großen Sitzungssaal, 45657 Recklinghausen, Kurt-Schumacher-Allee 1

Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr
Ende der Sitzung: 13:20 Uhr

Unter der Leitung von Landrat Welt nahmen teil:

Kreistagsmitglieder

Herr Adler
Herr Bakenfelder
Herr Becker
Herr Beckmann
Herr Beyer-Peters
Frau Boeren
Frau Bolder
Herr Burmester
Herr Dargel
Herr Erbguth
Frau Gastreich
Herr Goretzky
Herr Gorski
Herr Grabowski
Frau Gruse-Kettler
Frau Gutjahr
Herr Hardes
Herr Hegemann
Herr Hölting
Herr Hückelkamp
Frau Huxel
Herr Kamperdick
Herr Klieve
Herr Knappmann
Frau Knopf
Frau Köhl
Frau Kölnberger
Frau Korun
Frau Krakowski
Herr Krebs
Herr Krekeler
Frau Kroll
Herr Lassak
Herr Lenßen
Herr Linau-Seifer
Herr Lind

Herr Loick
Herr Lütkenhaus
Herr Marschewski
Herr Menzel
Herr Neisen
Herr Nübel
Herr Paul
Herr Philippi
Herr Plantenberg
Frau Puschadel
Herr Rausch
Herr Renger
Herr Richter
Frau Ruloffs
Herr Rusche
Herr Samson
Frau Scheffler
Herr Schubert
Frau Seibel
Frau Seifert
Herr Siebert
Herr Stabenau
Frau Steininger-Bludau
Herr Strehlke
Frau Stuckel-Lotz
Herr Thorwesten
Herr Urban
Herr Vaupel
Frau von der Beck
Herr Wiegand
Herr Wintermeyer
Herr Zienc

Teilnehmer der Verwaltung

Herr Scholze
Herr Klöter
Herr Dr. Haardt
Herr Plücker
Herr Manz
Frau Eckhorst
Herr Haumann
Herr Schmidt
Herr Peetzen
Herr Schweers
Herr Folz
Herr Stortz
Frau Gobrecht
Herr Dr. Kleis
Herr Kallhoff

Es fehlten

Herr Dr. Kasperek
Frau Steinheuser
Herr Vogt
Herr Werner

Herr Landrat Schnipper stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Herr Urban gab bekannt, dass sich die WiR-Kreistagsfraktion zukünftig EWG - Erste Wählergemeinschaft im Kreistag - nennt.

Herr Landrat Schnipper teilte dem Kreistag mit, Herr Josef Vrenegor habe sein Kreistagsmandat niedergelegt. Als Nachfolgerin führte Herr Schnipper Frau Gisela Kroll in feierlicher Form in ihr Amt als Kreistagsmitglied ein und verpflichtete sie zur gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Der Kreistag stimmte der Erweiterung der Tagesordnung aus Gründen der Dringlichkeit um folgende Punkte zu:

6.1 - Empfehlung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 07.03.2001 zum Beschluss einer Resolution
Kreistag lehnt Schließung von Krankenhäusern und Krankenhausabteilungen ab

6.2 - Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 08.03.2001
- Zweckverband Olympia Rhein-Ruhr / Mitgliedschaft des Kreises Recklinghausen

6.3 - Projekt 'New Park'

18 - Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.03.2001
Besuch einer Delegation des Kreises im Kreis Wodzislaw (Polen)

Die in der Einladung ausgewiesenen Tagesordnungspunkte 18 bis 22 verschoben sich dadurch jeweils um eine Ziffer auf die Punkte 19 bis 23.

Auf Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschloss der Kreistag mit 35 Stimmen gegen 32 Stimmen, den Punkt 3 - Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.02.2001 - Beauftragung der Projekt Ruhr GmbH mit der Erstellung eines Gutachtens - von der Tagesordnung abzusetzen.

1. Einwohnerfragestunde

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde des Kreistages fragte Herr Werner Schipper, Datteln-Ahsen:

Immer wieder ist das Dorf Ahsen von Hochwasser an der Lippe heimgesucht worden, zuletzt im Jahre 1998.

Der Rat der Stadt Datteln hat schon im März 1998 ein Hochwasserschutzkonzept beschlossen. Auf zwei Einwohnerversammlungen nach dem Hochwasser 1998 sind uns für 1999 der Baubeginn der allseits anerkannten Maßnahmen zum Hochwasserschutz versprochen worden.

1. Vorflutregulierung Mahlenburger Mühlengraben:
2. Eindeichung der Lippe
3. Regenwasserbehandlung und Hochwasserpumpwerk

Bis heute ist der Baubeginn noch nicht erfolgt.

Meine Frage:

Wann ist mit dem Baubeginn der in Ihrer Verantwortlichkeit liegenden Maßnahmen zu rechnen?

Die Fragen beantwortete Herr Landrat Schnipper wie folgt:

1. Vorflutregulierung Mahlenburger Mühlengraben:

Für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens zum Gewässerausbau ist gemäß der Zuständigkeitsverordnung für den technischen Umweltschutz die Kreisordnungsbehörde zuständig, weil der Mahlenburger Mühlengraben ein Gewässer 2. Ordnung ist.

Der erforderliche Erörterungstermin zum Gewässerausbauvorhaben wird spätestens im Herbst 2001 stattfinden. Derzeit findet in einem Teilbereich östlich des Wesel-Datteln-Kanals eine Umplanung der Gewässertrasse statt, wegen nicht lösbarer Probleme beim Grunderwerb.

Mit dem Umbau des Gewässerabschnittes innerhalb der Ortslage Ahsen kann danach frühestens im Spätherbst 2002 begonnen werden.

2. Eindeichung der Lippe

Gemäß der Zuständigkeitsverordnung für den technischen Umweltschutz ist die Bezirksregierung Münster für die Lippe zuständig, weil es sich um ein Gewässer 1. Ordnung handelt.

Den wasserwirtschaftlichen Entwurf für den Lippedeich wird der Lippeverband zur Durchführung des Planfeststellungsverfahrens nach § 31 WHG im 2. Quartal 2001 der Bezirksregierung Münster vorlegen.

Mit einem Planfeststellungsbeschluss kann im Jahre 2002 gerechnet werden.

3. Regenwasserbehandlung und Hochwasserpumpwerk

Für den Bau, Betrieb und wesentliche Veränderung der angesprochenen Abwasseranlagen ist nach § 58 Abs. 2 LWG in diesem Fall gemäß der Zuständigkeitsverordnung für den technischen Umweltschutz die Bezirksregierung Münster zuständig.

Der wasserwirtschaftliche Entwurf für beide Bauwerke liegt der Bezirksregierung Münster seit Mitte Januar 2001 zur Regelung nach § 58 Abs. 2 LWG vor.

Eine abschließende Regelung erfolgt im 2. Quartal 2001.

2. Zukunftsinvestitionen für den Kreis Recklinghausen - Verwendung des Erlöses aus dem Verkauf der VEW-Aktien -

2.1. Zukunftsinvestitionen für den Kreis Recklinghausen Verwendung des Erlöses aus dem Verkauf der VEW-Aktien - Verwendung eines Teils des Erlöses für Schulsanierungsmaßnahmen in den Städten -

Nach Diskussion der vorliegenden Anträge beschloss der Kreistag auf Antrag der SPD-Kreistagsfraktion einstimmig, die Sitzung zu unterbrechen.

Herr Landrat Schnipper unterbrach daraufhin die Sitzung von 10.55 Uhr bis 11.20 Uhr.

Die F.D.P.-Kreistagsfraktion und die SPD-Kreistagsfraktion stellten folgenden gemeinsamen Antrag:

„Der Kreistag beschließt:

1. Der Erlös aus der VEW-Aktienveräußerung in Höhe von ca. 75 Millionen DM soll zur Sanierung der Schulen bzw. zur Verbesserung der Ausstattung an den Schulen in den zehn Städten des Kreises eingesetzt werden sowie für Zukunftsinvestitionen in den Städten des Kreises verwandt werden.
2. Hierzu erhalten die Städte über einen Zeitraum von 2001 bis 2003 insgesamt 75 Millionen DM in gleichen Teilbeträgen.
3. Die Verteilung der Mittel an die Städte erfolgt in jedem Jahr nach dem „Einwohnerschlüssel“.

4. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, über die so gestaltete Verwendung der VEW-Aktienerlöse eine zuvor mit den Städten abgestimmte Grundsatzvereinbarung zwischen dem Kreis und den zehn kreisangehörigen Städten für die nächste Kreistagssitzung vorzubereiten.“

Auf Antrag der SPD-Kreistagsfraktion erfolgte geheime Abstimmung.

Der Antrag wurde mit

29 Ja-Stimmen,

40 Nein-Stimmen

ohne Enthaltungen abgelehnt.

Die EWG-Kreistagsfraktion zog daraufhin ihren Antrag vom 16.03.2001 zurück.
Der Kreistag beschloss mit 37 Stimmen gegen 29 Stimmen bei 3 Enthaltungen:

- „1. Für dringende investive Maßnahmen in den Städten im Bereich der Sanierung und Modernisierung von Schulen, öffentlicher Einrichtungen und Infrastruktur stellt der Kreis Recklinghausen in drei Tranchen in den Haushaltsjahren 2001, 2002 und 2003 insgesamt 20 Mio. DM zur Verfügung. Für das Haushaltsjahr 2001 werden 10. Mio. DM zur Verfügung gestellt, sowie in den Haushaltsjahren 2002 und 2003 jeweils 5 Mio. DM.
2. Die Verteilung der Mittel erfolgt in jedem Jahr nach dem Einwohnerschlüssel.
3. Die Städte melden dem Kreis in Form einer Prioritätenliste die in Betracht kommenden investiven Maßnahmen einschließlich einer Kostenkalkulation. Nach Abschluss einer Maßnahme ist diese dem Kreis gegenüber rechenschaftspflichtig.
4. Die Städte unternehmen gleichzeitig alle Anstrengungen, das Investitionsvolumen mit eigenen Mitteln und durch die Beantragung von Fördermitteln zu erhöhen.“

Der Kreistag beschloss mit 40 Stimmen gegen 29 Stimmen:

„Der Restbetrag fließt in die vom Kreistag am 30.03.2000 bereits beschlossenen „Zukunftsinvestitionen“, um längerfristige, struktur- und arbeitsmarktpolitische Impulse im Kreis Recklinghausen zu initiieren und zu gewährleisten.

Die Verwaltung wird weiter beauftragt, für die Sitzung des Kreistages am 25. Juni 2001 ein Konzept zu erarbeiten, bei dem folgende Rahmenbedingungen beachtet werden sollen:

- a) Mit den verbleibenden Mitteln von rund 55 Mio. DM im Kapitalstock werden strukturpolitisch bedeutsame Projekte in den Städten des Kreises finanziert. Diese sollen beschäftigungswirksam und ausbildungsfördernd sein.

- b) Die Entscheidung über die Verwendung der Mittel geschieht außerhalb des Kreishaushaltes; sie soll durch eine noch zu gründende GmbH vorgenommen werden. Einzelheiten regelt der Gesellschaftervertrag.
Die eingesetzten Mittel müssen auf Dauer und mit nachhaltiger Wirkung für den strukturellen Wandel verfügbar bleiben. Somit werden nur Projekte mit revolvierendem Charakter unterstützt, d.h. dass es zu einer zeitversetzten Rückzahlung des eingesetzten Kapitals kommt.“

2.2. Zukunftsinvestitionen für den Kreis Recklinghausen Verwendung des Erlöses aus dem Verkauf der VEW-Aktien - Pilotprojekt 'Förderung von Hauptschülern zur beruflichen Ausbildung' -

Der Kreistag beschloss einstimmig bei drei Enthaltungen:

„Für den Zeitraum vom 01.04.2001 bis 31.03.2002 werden für ein Pilotprojekt „Hilfe und Begleitung von Hauptschülern zur Erlangung und Erhaltung eines Ausbildungsplatzes“ 500.000,-- DM bereitgestellt. Mit der Durchführung des Projekts wird der Verein „Jugend in Arbeit e.V.“ betraut. Dieser kooperiert mit dem Arbeitsamt, dem Schulrat/der Schulrätin sowie mit den ausgewählten Hauptschulen. Letztere bestimmen sich vorrangig danach, daß sie bisher eine überdurchschnittlich hohe Quote nicht vermittelter Entlaßschüler/-schülerinnen aufweisen.“

2.3. Zukunftsinvestitionen für den Kreis Recklinghausen Verwendung des Erlöses aus dem Verkauf der VEW-Aktien - Zweckgebundener Sonderfonds für die Förderung der Berufsausbildung junger Menschen -

Der Kreistag beschloss einstimmig bei 3 Enthaltungen:

„Der Förderverein Ausbildungsverbund Emscher-Lippe e.V. erhält zur Durchführung eines Projektes „Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze durch Entwicklung von Verbundausbildungen in den neuen Medien- und Dienstleistungsberufen“ die dafür notwendigen Mittel in Höhe von 100.000 DM für das Jahr 2001.

Die Verwaltung wird beauftragt, ab dem Jahre 2002 zur Fortsetzung der Ausbildungsförderung (TOP 2.2 und 2.3) im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2002 geeignete Vorschläge zu unterbreiten.“

2.4. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 27.11.2000
- Antrag der Bürgermeister der kreisangehörigen Städte zur Beteiligung der Städte am Erlös aus dem Verkauf der VEW-Aktien
-

siehe Tagesordnungspunkte 2.1 bis 2.3

2.5. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 21.02.2001
- Verwendung der Erlöse aus dem VEW-Aktienverkauf -

siehe Tagesordnungspunkte 2.1 bis 2.3

3. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.02.2001
- Beauftragung der Projekt Ruhr GmbH mit der Erstellung eines Gutachtens -

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

4. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 28.02.2001
- Der "Kreis Recklinghausen" wird im Jahr 2001 umbenannt in "Emscher-Lippe-Kreis" -

Der Kreistag beschloss gegen 26 Stimmen:

„Nach Vorbereitung des Themas durch die Verwaltung wird der Grundgedanke des Antrags der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Beratung in den Ausschuss für Wirtschafts- und Strukturpolitik verwiesen.“

**5. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 01.03.2001
- Einführung eines Kreistags-Informations-Systems im Sinne der
computerunterstützten Parlamentsarbeit -**

Der Kreistag beschloss einstimmig bei wenigen Enthaltungen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung eines Kreistags-
Informations-Systems im Sinne der computerunterstützten
Parlamentsarbeit zu initiieren.“

**6. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 05.03.2001
- Zukunft der Abfallwirtschaft im Kreis Recklinghausen -**

Der Kreistag beschloss gegen eine Stimme:

„Die Verwaltung wird beauftragt, konkrete Gespräche mit
geeigneten Partnern aufzunehmen, um Modelle der
Zusammenarbeit zu erstellen.

Die Gesprächsergebnisse sollen kurzfristig im ALUBA beraten
werden.

Bei diesen Gesprächen sind auch die Einsatzmöglichkeiten
mechanisch-biologischer Verfahren (MBA) zu sondieren.

Die Arbeitsergebnisse des verwaltungsinternen Arbeitskreises
werden im ALUBA kurzfristig vorgestellt. Die Protokolle der
Sitzungen des Arbeitskreises (inkl. Teilnehmerlisten) werden den
Fraktionen unverzüglich zur Verfügung gestellt.“

**6.1. Empfehlung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom
07.03.2001 zum Beschluss einer Resolution
Kreistag lehnt Schließung von Krankenhäusern und
Krankenhausabteilungen ab**

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Resolution.“

**6.2. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 08.03.2001
- Zweckverband Olympia Rhein-Ruhr / Mitgliedschaft des Kreises
Recklinghausen -**

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Der Kreistag des Kreises Recklinghausen beauftragt den Landrat, an den Zweckverband Olympia Rhein-Ruhr den Antrag zu stellen, den Kreis Recklinghausen in den Zweckverband aufzunehmen.“

6.3. Projekt "newPark"

Der Kreistag beschloss gegen 4 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen:

„Der Kreis Recklinghausen beteiligt sich an der Finanzierung der Aufgaben der "newPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH" mit einem einmaligen Festbetrag von 160.000 DM. Der Kreis Recklinghausen wird Gesellschafter der genannten GmbH. Die Finanzierung erfolgt aus den VEW-Aktienerlösen.“

7. Neuaufstellung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Münster 'Teilabschnitt Emscher-Lippe' hier: Entertainment-Vorhaben "Xscape" in Castrop-Rauxel

Der Kreistag beschloss einstimmig bei einer Stimmenthaltung:

„Der Kreistag stimmt dem Entwurf der Stellungnahme der Verwaltung zum Entertainment-Vorhaben "Xscape" in Castrop-Rauxel zu.“

8. Umsetzung der 2. Stufe des Nahverkehrsplans (Dorsten, Herten, Marl und westlicher Teil von Recklinghausen)

Der Kreistag beschloss einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen:

„Der Kreistag beschließt, dass der Nahverkehrsplan in den Städten Dorsten, Herten, Marl und Recklinghausen umgesetzt wird.“

9. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Die überplanmäßige Ausgabe bei den Personalkosten (Sammelnachweis ½) im Haushaltsjahr 2000 in Höhe von 377.040,65 DM wird genehmigt.“

10. Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Jahre 2000

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Der Kreistag nimmt gem. § 82 (2) GO von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben und ihrer Deckung Kenntnis, die im Jahre 2000 geleistet wurden.“

11. Beteiligungsbericht 1999

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Der Beteiligungsbericht 1999 wird zur Kenntnis genommen.“

12. Jahresrechnung 2000

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Die Jahresrechnung 2000 wird dem Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.“

13. Nutzungsmöglichkeiten der Informationstechnologien zur Aufgabenerfüllung im Straßenverkehrsamt

Der Kreistag nahm die Berichtsvorlage zur Kenntnis.

14. Satzungen des Kreises Recklinghausen über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen nach den Vorschriften des Fleischhygienerechtes im Schlachthof Recklinghausen für das Jahr 1997 sowie für das Jahr 1998

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„1. Die in der Anlage 1 enthaltene Satzung des Kreises Recklinghausen über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen nach den Vorschriften des Fleischhygienerechtes im Schlachthof Recklinghausen für das Jahr 1997 wird beschlossen.“

2. Die in der Anlage 3 enthaltene Satzung des Kreises Recklinghausen über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen nach den Vorschriften des Fleischhygienerechtes im Schlachthof Recklinghausen für das Jahr 1998 wird beschlossen.“

15. Erweiterung des Fachschulangebotes des Berufskollegs Kemnastraße in Recklinghausen

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Zum 01.08.2001 wird am Berufskolleg Kemnastraße in Recklinghausen der Bildungsgang "Fachschule für Technik, Fachrichtung Mechatronik" in Teilzeitform errichtet.“

16. Änderung der 'Satzung über die Heranziehung der kreisangehörigen Städte zur Durchführung von Aufgaben des Kreises Recklinghausen als örtlicher Träger der Sozialhilfe' vom 14.11.1989

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Neufassung der "Satzung über die Heranziehung der kreisangehörigen Städte zur Durchführung von Aufgaben des Kreises Recklinghausen als örtlicher Träger der Sozialhilfe

mit der vom Sozial- und Gesundheitsausschuss vorgeschlagenen Ergänzung, dass in § 1 Abs. 4 nach der „Landrat“ „die Landrätin“ eingefügt wird.“

17. Förderung der Beratungsstellen 'donum vitae' im Kreis Recklinghausen

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Vorbehaltlich der Gewährung einer Landesförderung fördert der Kreis für das Jahr 2001 die beiden für das Kreisgebiet zuständigen Beratungsstellen „Frauen beraten – donum vitae“, Ortsverband Recklinghausen e.V. mit einem

Betrag in Höhe von DM 50 000,- sowie

„Frauen beraten / donum vitae für Bottrop, Gelsenkirchen und Gladbeck e.V.“ mit einem Betrag in Höhe von DM 12 000,--.

Darüber hinaus wird „Pro Familia“ zusätzlich mit DM 12.395,-- gefördert.

Aus dem Sonderfonds „Hilfe für Schwangere und junge Mütter zum Schutze des ungeborenen Lebens“ sollen DM 12.500,-- zur Teilabdeckung der Förderungskosten herangezogen werden.“

**18. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom
17.03.2001
- Besuch einer Delegation des Kreises Recklinghausen im Kreis
Wodzislaw (Polen) -**

Der Kreistag beschloss einstimmig:

„Als Ersatz für Frau Steinheuser wird eine
Dienstreisegenehmigung für Herrn Dieter Salje erteilt.“

20. Mitteilungen

Herr Dr. Kleis berichtete zur Maul- und Klauenseuche, im Kreis Recklinghausen seien zurzeit keine Verdachtsfälle aufgetreten. Die Vorsichtsmaßnahmen des Veterinäramtes, um ein Ausbreiten der Seuche zu verhindern, stießen bei der Landwirtschaft auf großes Verständnis. Auch zu BSE gebe es derzeit keinen Verdachtsfall. Die Tätigkeit des Veterinäramtes beschränke sich daher auf Probenentnahmen an der Tierkörperbeseitigungsanstalt in Marl und an den Schlachthöfen im Kreisgebiet.

Auf Anfrage von Herrn Rusche teilte Herr Landrat Schnipper mit, er habe sich zur Frage der Schließung von Polizeiwachen im Kreis Recklinghausen noch keine abschließende Meinung gebildet. Herr Hegemann wies in diesem Zusammenhang auf die Beratung im Polizeibeirat hin. Im Rahmen der nicht abgeschlossenen Diskussion sei ein Votum des Kreises zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht.

Die Sitzung wurde um 13.20 Uhr nichtöffentlich fortgesetzt.